

# Restaurants und Reisen? Für viele schon zu teuer

BaWü-Check: Die Menschen sehen ihre wirtschaftliche Lage zunehmend schlecht – Deutliche Einschränkungen im Privatleben – Wenig Vertrauen in die Politik

Von Sören S. Sgries

**Heidelberg.** Der Blick in die Zukunft ist höchst pessimistisch und auch die aktuelle wirtschaftliche Lage wird eher schlecht eingeschätzt: Das ist das ernüchternde Ergebnis des aktuellen BaWü-Checks, der gemeinsamen Umfrage der baden-württembergischen Zeitungsverlage. Das Institut für Demoskopie Allensbach hat dazu in der ersten Februarhälfte 1022 Personen aus Baden-Württemberg zum Thema „Sparen und Verzicht“ befragt.

**> Die Besorgnis wächst:** So skeptisch in die Zukunft geschaut haben die Baden-Württemberger seit Mitte 2022 nicht mehr: 37 Prozent der Befragten gaben jetzt an, sie schauten „mit Befürchtungen“ den kommenden zwölf Monaten entgegen. Ein weiteres Viertel antwortete „mit Skepsis“ – und nur 28 Prozent gaben an, „mit Hoffnungen“ auf die kommenden Zeiten zu schauen. Etwas besser fallen die Zahlen aus, wenn danach gefragt wird, ob Deutschland seine besten Jahre hinter sich habe. Dieser Thesen stimmen zwar 43 Prozent zu – aber immerhin 38 Prozent halten das für zu pessimistisch. Der Rest ist unentschieden.



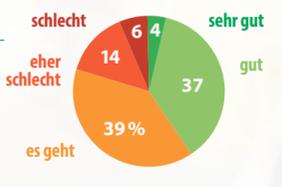
**> Kritische Entwicklung bei den Landesfinanzen:** Mehr als die Hälfte der Befragten sieht die finanzielle Lage des Landes derzeit als „nicht gut“ an. 35 Prozent halten die Situation für gut oder sehr gut. Damit haben sich die Werte gedreht, seit im August 2022 zuletzt nach einer Einschätzung gefragt worden war. Frauen schätzen die Lage dabei noch kritischer als Männer ein: 58 Prozent sehen hier eine weniger oder gar nicht gute Situation, während es bei den Männern nur 49 Prozent sind. Zudem wird offenbar von der eigenen wirtschaftlichen Situation auf die Lage des Landes geschlossen: 72 Prozent derjenigen, die ihre eigene Lage als eher schlecht einordnen, sehen auch das Land weniger gut aufgestellt. Von denen in guter Position sind es nur 40 Prozent.

**> Jeder Zweite für neue Schulden:** Interessant in Zeiten, in denen auch die künftigen Koalitionäre auf Bundesebene über die Schuldenbremse diskutieren: In Baden-Württemberg würden es 50 Prozent der Befragten begrüßen, wenn die Ausgaben für bestimmte Bereiche erhöht würden – selbst wenn dadurch die Verschuldung ansteigt. Ein Festhalten an der „Nullverschuldung“ fordern hingegen nur 36 Prozent.

**> Geld für Kliniken, sparen bei der Kultur:** Auch in diesem BaWü-Check bestätigt sich die Tendenz vergangener Umfragen: Die Baden-Württemberger würden vor allem bei der Kultur sparen, während Investitionen in die Gesundheitsinfrastruktur von einer deutlichen Mehrheit begrüßt werden (siehe Grafik). So fordern jeweils über 90 Prozent mehr Geld für Krankenhäuser oder Schulen. 86 Prozent würden Kindergärten stärken, 81 Prozent Geld für die Polizei oder die Verkehrsinfrastruktur ausgeben.

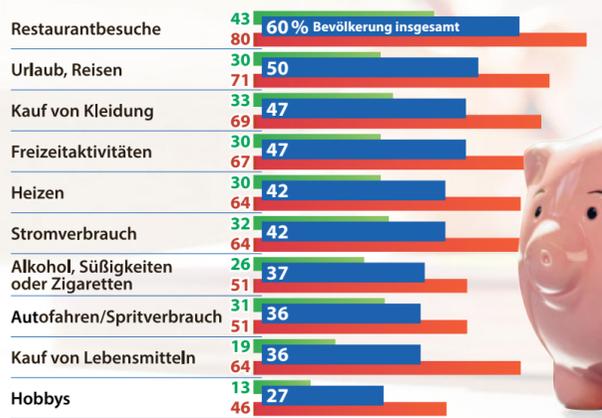
## Eigene wirtschaftliche Lage

Frage: „Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage?“



## Wo sich die Bevölkerung einschränkt

Frage: „Gibt es Bereiche, in denen Sie sich derzeit einschränken?“  
Bevölkerung insgesamt Personen in (sehr) guter / (eher) schlechter wirtschaftlicher Lage



Angesichts aktueller Sicherheitsdebatten spannend: Die Zustimmung zu mehr Geld für die Ausstattung der Polizei ist leicht gestiegen – von 77 Prozent im Jahr 2022 auf 79 Prozent im November 2024 und jetzt auf 81 Prozent.

Mehr Zustimmung für einen Sparkurs als für weitere Ausgaben gibt es hingegen bei Klimaprojekten (53 Prozent), bei der Unterstützung von Sportvereinen (56 Prozent) sowie bei Kultureinrichtungen (59 Prozent).

**> Wenig Vertrauen in kommunale Entscheidungen:** Auch wenn die Befragten wissen, wo sie sparen würden: Gute Entscheidungen ihrer Kommunalvertreter erwarten sie dabei nicht unbedingt. Nur 28 Prozent sagen, sie hätten sehr großes oder großes Vertrauen. 42 Prozent haben weniger großes Vertrauen (siehe Grafik).

**> Großveranstaltungen verzichtbar?** Gefragt danach, welche Sparmaßnahmen in der eigenen Region „akzeptabel“ wären, steht an oberster Stelle die Absage von Großveranstaltungen wie Stadtfesten. 35 Prozent stimmen hier zu. Es folgen eingeschränkte Öffnungszeiten von Ämtern und Behörden (33 Prozent), Theaterschließungen (25 Prozent) und weniger Förderung für Vereine oder soziale Projekte (19 Prozent). Eine Einschränkung der schulischen Ganztagsbetreuung oder die Schließung von Bü-

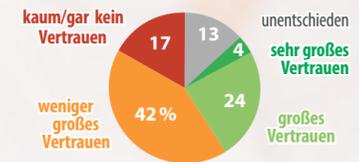
chereien würden nur noch 14 Prozent akzeptieren. Noch weiter sinkt die Zustimmung bei weniger Investitionen in Straßenbau und Infrastruktur (13 Prozent). Nur jeder Zehnte hält die Schließung von Schwimmbädern oder Einschränkungen im Öffentlichen Nahverkehr (9 Prozent) für angemessen. Begrenzte Kita-Betreuungszeiten würden nur 7 Prozent akzeptieren.

Interessant dabei: Schaut man nur auf diejenigen Befragten, die nach eigener Aussage die Schuldenbremse befürworten, stoßen die möglichen Einsparungen zwar auf leicht höhere Zustimmungswerte – bekommen aber auch hier keine Mehrheit von über 50 Prozent. Den „Bestwert“ erhält hier die Einschränkung von Behörden-Öffnungszeiten, die 40 Prozent akzeptieren würden.

**> Landtag dürfte schrumpfen:** Gefragt nach möglichen Strukturreformen in Politik und Verwaltung stößt der Vorschlag, den Landtag zu verkleinern, auf die höchste Zustimmung: 62 Prozent halten das für sinnvoll – was in der Debatte um das Landtagswahlrecht im Südwesten noch relevant werden könnte. Ministerien zusammenlegen würden 60 Prozent. Fusionen von Landkreisen oder kleineren Gemeinden begrüßen hingegen nur noch 45 Prozent. Einen Personalabbau in der öffentlichen Verwaltung findet nur noch ein Drittel (33 Prozent) sinnvoll.

## Sparsentscheidungen auf kommunaler Ebene

Frage: „Wie groß ist Ihr Vertrauen in die Politiker Ihrer Stadt/Gemeinde, dass sie, was Einsparungen angeht, in den nächsten Jahren gute Entscheidungen treffen werden?“



## Der Südwesten schnallt den Gürtel enger

### Sparen oder investieren?

Hier sollte Baden-Württemberg eher



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6184/IV © IFD-Allensbach Bild: getty

**> Keine Privilegien für Beamte:** Der Vorschlag, die Privilegien der Beamten wie die staatliche Pension oder keine Renten- und Arbeitslosenbeiträge zu streichen, stößt auf die Zustimmung von 66 Prozent der Befragten. 23 Prozent verteidigen diese Privilegien als „angemessen“, damit der Staat gute Leute bekomme und als Arbeitgeber attraktiv sei. Spannend dabei: Bei den Jüngeren im Alter von 18 bis 29 Jahren ist die Haltung noch sehr ausgeglichen, jeweils 42 Prozent sind für bzw. gegen die Beamtenprivilegien. Das ändert sich bei den Älteren rapide: Bei den Über-30-Jährigen sind rund 70 Prozent, bei den Über-60-Jährigen sogar 74 Prozent gegen die Bevorzugung von Beamten.

**> Geteilter Blick auf eigene Lage:** Fragt man nach der eigenen wirtschaftlichen Lage, erscheint das Land zweigeteilt: 41 Prozent stehen nach eigener Einschätzung gut oder sehr gut da (siehe Grafik). 39 Prozent sagen „es geht“, und für 20 Prozent ist die persönliche Situation schlecht oder eher schlecht.

**> Einschränkungen bei Restaurants und Reisen:** Gefragt danach, in welchen Bereichen man sich persönlich schon einschränke, stehen Restaurantbesuche an oberster Stelle (siehe Grafik): 60 Prozent der Gesamtbevölkerung geben an, hier bereits kürzer zu treten. Und bei denen,

die ihre wirtschaftliche Lage als schlecht einschätzen, sind es sogar 80 Prozent. Es folgen Urlaube (50 Prozent), der Kleiderkauf und der Besuch von Veranstaltungen (je 47 Prozent). Am unteren Ende der Skala landen die Hobbys: Hier sagen 27 Prozent, sie schränken sich ein.

Alarmierend: Beim Kauf von Lebensmitteln gaben zwar nur 36 Prozent der Gesamtbevölkerung an, sich einzuschränken – aber ganze 64 Prozent derjenigen, deren Lage schlecht ist. Auch beim Heizen und beim Stromverbrauch sind hier die Einschränkungen besonders ausgeprägt.

**> Verschiebungen beim Sparen:** Vergleicht man Werte, die im Juni 2022 abgefragt wurden, mit den heutigen Zahlen, dann fällt auf: Vor allem beim Autofahren schränken sich die Baden-Württemberger nicht mehr so sehr ein. Damals sagten noch 53 Prozent, sie nähmen sich hier zurück. Jetzt sind es nur noch 36 Prozent. Liegen könnte das auch daran, dass damals nach dem russischen Angriff auf die Ukraine eine Energiekrise befürchtet wurde. Deutlich zurückhaltender sind die Menschen inzwischen bei Restaurantbesuchen geworden. 2022 schränkten sich hier zwar auch schon 51 Prozent ein, doch jetzt sind es 60 Prozent. Einen ähnlich hohen Anstieg gibt es ansonsten nur bei „Genussmitteln“ wie Alkohol, Süßigkeiten und Zigaretten: von 29 auf 37 Prozent.

## Froschkutteln mit Schweigeminute



Die Riedlinger Narren um Kretschmann (3.v.l.) gedachten der Opfer. Foto: Isw

**Riedlingen.** (Isw) Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat dazu aufgerufen, sich von der Todesfahrt von Mannheim nicht einschüchtern zu lassen. „Wichtig ist nach solchen Ereignissen, dass wir, so gut es möglich ist, immer wieder in unseren normalen Alltag zurückkehren“, sagte Kretschmann beim Froschkuttelnessen der Narrenzunft Gole in Riedlingen. „Natürlich macht das was mit uns, aber es darf uns nicht so verunsichern, dass wir nicht mehr wissen, was hinten und vorne ist“, sagte Kretschmann. Darum sei es ihm wichtig gewesen, an dem Fastnachtsfrühstück teilzunehmen, das mit einer Schweigeminute begann. Den üblichen Abgang über eine Rutsche ließ Kretschmann aus, ebenso wie den Umzug durch die Stadt.

## Eine Heilung wie aus dem Bilderbuch

Behandlung mit Stammzellspende in Freiburg rettet Zweijährigen mit seltenem Gendefekt

**Freiburg.** (dpa) Der Name der Krankheit ist ein Zungenbrecher und unbehandelt ist sie lebensbedrohlich. Septische Granulomatose heißt sie und der zweijährige Finn hatte diesen Immundefekt geerbt. An der Uni-Klinik in Freiburg wurden ihm erfolgreich Stammzellen aus dem Knochenmark eines Spenders transplantiert – der kleine Junge hat nun ein ganz normales Leben vor sich.

„Er ist geheilt“, sagt der behandelnde Arzt an der Freiburger Kinderklinik, Carsten Speckmann. Der Zweijährige aus Bremerhaven mit nach einer Chemotherapie noch etwas fusselig nachgewachsenen Haaren lacht, spielt, ist munter und fröhlich. Autos sind sein Lieblingspielzeug.

So rosige Zeiten gab es nicht immer. Finns Diagnose waren mehrere schwere Infektionen und Entzündungen an Haut und Lymphknoten vorausgegangen. Sie ließen die Ärzte erst rätseln und brachten sie dann auf die richtige Spur. Septische Granulomatose ist eine seltene angeborene Störung des Abwehrsystems, die nur etwa ein Mal unter 200 000 Menschen auftritt. Früher war sie unheilbar. Heute nicht mehr.

Als die Diagnose dann fest- und die Transplantation von Stammzellen im Raum stand, musste ein Spender gefun-

den werden. Es fand sich nicht nur einer, es fanden sich elf, die potenziell geeignet gewesen wären, erzählt Finns Mutter Michelle Weinhold.

### DIE GUTE NACHRICHT

Wermutstropfen: Vor der Transplantation stand die Chemotherapie. Sie ist ein Muss, denn durch sie wird das Immunsystem vor der Transplantation komplett heruntergefahren, erläutert



Michelle Weinhold würde den Retter ihres Sohns Finn gerne kennenlernen. Foto: Isw

Speckmann. Dann folgte der Eingriff. Durch die neuen Stammzellen des Spenders wurde das fehlerhafte Immunsystem neu aufgebaut.

Finn habe das alles sehr gut weggesteckt, erzählt seine Mutter. Heute sieht das Blutbild des Jungen aus, wie das eines Gesunden. „Bilderbuchheilung“, nennt Speckmann dies. Finn darf nach mehreren Monaten der Behandlung in Freiburg wohl im März wieder nach Hause. Wäre er nicht transplantiert worden, wäre seine Lebenserwartung deutlich geringer gewesen.

Weinhold ist dem Spender unendlich dankbar. „Ich möchte ihn gerne kennenlernen, wenn er das auch will, ich möchte ihn einfach mal umarmen“, sagt sie. Zwei Jahre muss sie warten, bis eine Kontaktaufnahme möglich wäre. Inzwischen ist sie und die ganze Familie als Knochenmarkspender bei der Tübinger Organisation DKMS, bei der sich potenzielle Spender von Stammzellen registrieren können, eingetragen.

Finn muss noch einige Zeit vorsichtig sein. Bevor er dann wie ein ganz normales Kind in den Kindergarten kann, Freunde bei sich haben und mit anderen auf den Spielplatz darf. „Jetzt steht erst mal ein Familienurlaub an“, sagt Weinhold.

### NACHRICHTEN

#### Zuwachs bei den Jugendherbergen

Die baden-württembergischen Jugendherbergen haben 2024 einen leichten Zuwachs gezählt. Die Übernachtungen legten um 0,7 Prozent auf 956 000 zu, wie der Landesverband in Stuttgart mitteilte. Die Gästezahl stieg um 3,3 Prozent auf 380 000 Personen. Somit habe der Trend der letzten Jahre fortgesetzt werden können. Der Landesverband betreibt 46 Herbergen, von denen aktuell 41 im Gästebetrieb stehen. Schulen, einschließlich Fach- und Hochschulen, bleiben mit 41 Prozent der Übernachtungen die größte Gästegruppe. Freizeitgruppen trugen mit 22 Prozent, Tagungen und Fortbildungen mit 11 Prozent bei.

#### Betrunkener pinkelte Polizei an

Ein junger Mann hat im Kreis Ravensburg an einen Streifenwagen gepinkelt. Als Polizisten den 20-Jährigen in Bad Wurzach am Montagabend dabei erwischten und die Personalien erheben wollten, habe er sie beleidigt, sagte eine Polizeisprecherin. Er musste demnach den Streifenwagen reinigen und wird nun wegen Beleidigung angezeigt. Der Vorfall ereignete sich laut der Sprecherin im Rahmen einer Fasnet-Veranstaltung. Der junge Mann sei betrunken gewesen.